

"Eine Hauptrolle als Retter Europas?" in Die Zeit (12. Juni 1992)

Quelle: Die Zeit. 12.06.1992, Nr. 25. Hamburg. "Eine Hauptrolle als Retter Europas?", auteur:Alioth, Martin , p. 5.

Urheberrecht: (c) Martin Alioth

Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/eine_hauptrolle_als_retter_europas_in_die_zeit_12_juni_1992-de-8ee8d02d-cd6b-411a-8be0-80b82ab21e54.html

Publication date: 09/04/2014

Die irische Regierung verspricht sich von Maastricht materielle Vorteile. Doch das Volk bleibt misstrauisch

Eine Hauptrolle als Retter Europas?

„Man könnte vielleicht im nächsten Januar feststellen, daß es gar keinen Vertrag gibt. Aber jetzt kann man das nicht — und vielleicht auch dann nicht.“ Mit dieser sibyllinischen Feststellung begründet Irlands Premierminister Albert Reynolds seinen Entscheid, die Iren trotz des dänischen Neins am 18. Juni über die EG-Verträge von Maastricht entscheiden zu lassen. Es klang wie Stampfen im Treibsand.

Die Überraschung aus Kopenhagen hatte den irischen Politikern gerade noch gefehlt. Die Abtreibungsdebatte mit ihren juristischen Spitzfindigkeiten und groben Verallgemeinerungen hatte eben noch das irische Publikum zermürbt, das sich nun ermattet der europäischen Integration zuwandte. Doch gleich ertönte der dänische Paukenschlag. Albert Reynolds reagierte instinktiv. Er sieht Politik als Männlichkeitsritual: Jetzt erst recht; Augen zu und durch. Unter dem Beifall der noch immer halb betäubten EG-Kommission bietet Reynolds den Iren die Rolle der Retter Europas an. Wo die Wikinger gestrauchelt waren, würden die Kelten triumphieren. Ein lautes Ja zur Europäischen Union könnte sich als einträgliches Unterpfand in künftigen Verhandlungen erweisen. Die Kritiker dagegen sprechen von der teuersten Meinungsumfrage der Welt.

Das Nein der Dänen hat in Irland widersprüchliche Reaktionen ausgelöst. Der Zeithistoriker Ronan Fanning appelliert gezielt an das labile Selbstwertgefühl der irischen Nation: „Plötzlich muß Irland die wichtigste Entscheidung der europäischen Geschichte treffen.“ Die Iren genießen den Ruf, gute Europäer zu sein. Flexibel passen sie sich den Erwartungen ihrer Partner an. Entsprechend hoch fielen die Ja-Mehrheiten in den Europa-Abstimmungen von 1972 und 1987 aus. Die Begeisterung entspringt teilweise der Erkenntnis, daß die Zugehörigkeit zur EG den Iren die Emanzipation von England erlaubt hat — in wirtschaftlicher wie auch geistiger Hinsicht. Der Stolz auf die (formelle) Gleichberechtigung des kleinen Irland am Brüsseler Konferenztisch widerspricht jedoch kraß der Geringschätzung, mit der das offizielle Irland nun die dissidenten Dänen behandelt.

Im europapolitischen Wohlverhalten der Iren zeigt sich auch das Bestreben, nun keinesfalls unangenehm aufzufallen. Der eigenwillige Historiker John A. Murphy aus Cork, ein parteiloser Senator im irischen Parlament, kritisiert die Ja-Kampagne der Regierung: „Man wird uns sagen, daß wir zu arm und zu abhängig sind, um uns den dänischen Luxus eines Nein erlauben zu können.“ In der Tat stützen die beiden größten Parteien bislang ihre Argumentation hauptsächlich auf den erhofften Geldregen. Aber Premierminister Reynolds befand sich auf dünnem Eis, als er noch vor sechs Wochen versprach, Maastricht werde den Iren bis 1997 über sechzehn Milliarden netto bescheren. In der Zwischenzeit wird eingeräumt, daß sich die Verdoppelung der Strukturfonds noch in der Projektphase befindet und überdies nicht direkt von den Maastrichter Verträgen abhängt.

Niemand bestreitet indessen, daß Irlands Anteil am europäischen Finanzkuchen stets großzügig bemessen war. Pro Kopf der Bevölkerung erhalten die Iren wesentlich mehr als die ärmsten Länder Griechenland und Portugal. Jede neue irische Schnellstraße beginnt mit einem großen Schild, auf dem die zwölf goldenen Sterne prangen; jeder Berufsschüler kassiert seine Ausbildungsbeihilfe aus Brüsseler Kassen. Die Bauern produzierten in den vergangenen Jahren hauptsächlich für die Gefrierhäuser der EG. Die Zugehörigkeit zum europäischen Währungssystem bescherte der Wirtschaft niedrige Inflationsraten und ein hartes Pfund. Die hohe Arbeitslosigkeit dagegen (21 Prozent) ist mehr der Bevölkerungsentwicklung und der früheren Schuldenwirtschaft zuzuschreiben als der EG. All das müßte Grund genug sein für ein enthusiastisches Ja in der kommenden Woche, sofern es der Regierung gelingt, den Iren weiszumachen, daß ein Nein automatisch auch den Ausschluß aus Europa bedeutet — das albanische Szenario gewissermaßen.

Die Grundlage für diese Schwarzweißmalerei, die eine freie Entscheidung von vornherein erstickt, ist allerdings seit dem dänischen Referendum brüchig geworden. Die politisch differenziert urteilenden Iren können sich nun ihre historische Rolle auswählen. Niemand erwartet, daß die Maastrichter Verträge in ihrer gegenwärtigen Form eine irische Ablehnung überleben könnten. Das Spektrum der irischen Maastricht-

Gegner reicht von den traditionellen EG-Gegnern, die 1987 immerhin dreißig Prozent der Stimmen gewannen, bis hin zu kämpferischen Feministinnen und Grünen, von den erzkonservativen katholischen Laiengruppen bis in die zersplitterte Linke. Die vielfältigen Motive der Gegner erklären, weshalb die institutionelle Phalanx der Befürworter — Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Bauernverbände — auch in Irland keine Garantie für den positiven Ausgang bietet.

Die Breite des Widerstandes erklärt sich auch aus der unseligen Verknüpfung der Europadebatte mit dem Reizthema Abtreibung. Trotz der rituellen Versicherung der Regierung, die beiden Themen entflochten zu haben, ist nichts dergleichen geschehen. Im Gegenteil: Reynolds droht offen mit erneuten gerichtlichen Schritten gegen schwangere Irinnen, die in England abtreiben lassen, falls die Wähler am 18. Juni nein sagen. Dabei sind sich alle Seiten einig, daß das Chaos in der Abtreibungsfrage hausgemacht ist. Die Verbindung zu Maastricht bildet hingegen das irische Zusatzprotokoll Nummer 17. Es schließt jeglichen Rückgriff auf europäisches Recht in Abtreibungsfragen aus. Nachdem diese einseitige Beschneidung der Bürgerrechte irischer Frauen klammheimlich entworfen worden war, stürzte der Fall eines 14jährigen Vergewaltigungsopfers die irische Öffentlichkeit in tiefe Gewissenskonflikte. Der Oberste Gerichtshof befand damals zwar, die Selbstmorddrohung des Mädchens rechtfertige die Abtreibung, verneinte aber gleichzeitig ein Grundrecht auf Reisefreiheit.

Für die militanten Abtreibungsgegner kam die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs — in Widerspruch zum totalen Abtreibungsverbot von 1983 — einer Kriegserklärung gleich. Sie fordern ein neues Referendum zur Wiederherstellung des bedingungslosen Verbots und werden darin von der katholischen Kirche unterstützt. Die Liberalen dagegen sind empört über den freiwilligen Verzicht auf progressive EG-Normen und fordern die Gewährleistung der Reise- und Informationsfreiheit im irischen Recht, bevor sie Maastricht zustimmen. Sie haben allen Grund, an den guten Vorsätzen der Regierung Reynolds zu zweifeln, im November ein Referendum zur Zulassung der Abtreibung abzuhalten.

Die bunt zusammengewürfelte Koalition der Gegner wirft der Regierung vor, sie wie Pilze zu halten: im Dunkeln mit viel Mist. Reynolds' Weigerung, die offenen Fragen zum Schwangerschaftsabbruch vor dem Europareferendum zu behandeln, bleibt bis heute unverständlich.

Seit die Dänen bewiesen haben, daß ein Nein möglich ist, entzündet sich die Kritik aber auch an anderen Fragen, die bisher von der Abtreibungsdebatte überschattet wurden: Die irische Neutralität, die sich jeder Definition entzieht, ist den Iren ans Herz gewachsen. Und sei es nur, weil sie verhindert, daß die einstige Kolonie in Großmacht-Abenteuer verwickelt wird. Die Regierung spielt auch bei diesem Thema Vogel Strauß und behauptet, eine Entscheidung stehe erst 1996 an. Gleichzeitig bewirbt sie sich jedoch um einen permanenten Beobachterstatus in der WEU. Die Gegner schüren derweil Unruhe, indem sie das Gespenst der Wehrpflicht an die Wand malen.

Seit Garret FitzGerald vor fünf Jahren das Premierministeramt verlor, hat sich kein irischer Spitzenpolitiker mehr die Mühe gemacht, den Iren das europäische Ideal nahezubringen. Sein Nachfolger Charles Haughey sah die EG bloß als Rohstoff für seinen staatsmännischen Heiligenschein. Der heutige Amtsinhaber Albert Reynolds tastet planlos in der Finsternis. Diese Versäumnisse tragen zur Verunsicherung bei. Denn obwohl die junge irische Republik weit weniger eifersüchtig über ihre Souveränität wacht als andere, ältere Staatswesen, hat diese Gesellschaft ihre empfindlichen Punkte. Abtreibung und Neutralität beziehungsweise Anti-Militarismus gehören dazu. Es fragt sich nun, ob die Hoffnung auf materielle Vorteile genügend Befürworter zur Stimmabgabe motiviert, zumal sich der Abstimmungsgegenstand selbst ja leicht als Phantom entpuppen könnte.

Martin Alioth